

Der pragmatische Umgang

Die parlamentarische Sommerpause hat begonnen. Sei es der anbahnenden Urlaubsstimmung geschuldet, bröckelt es bei einem der jährlich stattfindenden Sommerinterviews des ZDF aus Friedrich Merz, CDU-Vorsitzender, heraus: Das Kooperationsverbot mit der AfD beziehe sich nur auf gesetzgebende Körperschaften - vom Europaparlament bis hin zu den Landtagen - auf der Kommunalebene, gerade im Osten, müsse mit der AfD allerdings pragmatischer umgegangen werden. Die Reaktion aus der CDU-geführten Staatskanzlei in Dresden kam wenige Tage später. Laut des sächsischen Regierungschef Michael Kretschmar ist eine „lupenreine Trennung“ in den Kommunen nicht durchzuhalten. Etwas naiv wirkend konstatierte unser Ministerpräsident, die AfD sei eine Partei, die in unserem Land „Schlimmes vor hat“ und vielen Wählern sei der wahre Kern dieser Partei offenbar nicht bewusst. Trotzdem plädierte er ebenfalls für einen pragmatischen Umgang mit den Rechtsextremen.

Sei es nun bei Beiden das Eingestehen, dass die herbeigeschworene Brandmauer zu Rechtsaußen eher Löschpapier gleicht, das vorsichtige Herantasten an eine Koalitions- oder Duldungsmöglichkeit um selbst über 2024 Regierungspartei zu bleiben oder doch einfach nur Einfältigkeit: es lohnt ein genauer Blick in die Kommunen, wie denn dieser pragmatische Umgang genau aussieht. Hierfür möchte ich ein kleines aber eindruckliches Beispiel aus Limbach-Oberfrohna beschreiben. Im September letzten Jahres beriet der Stadtrat der Stadt über die Verlegung von Stolpersteinen.

Vielen sind die zehn mal zehn großen Messingtafeln, initiiert und persönlich verlegt von dem Künstler Gunter Demnig, bekannt. Sie werden als Gedenken und Mahnung an die Opfer des Nationalsozialismus seit 1992 in ganz Europa verlegt. Sie tragen Namen von Opfern, die in der Zeit des Dritten Reichs verfolgt, ermordet und deportiert wurden und stehen in direktem Zusammenhang zu der Stelle, in der sie in den Boden eingelassen werden. Wenn auch teilweise kontrovers diskutiert, haben sie sich als elementarer Baustein des Erinnerens etabliert. Durch ihr auffälliges Äußeres stolpern sie in die alltägliche Realität einer jeden aufmerksamen Fußgängerin und Fußgängers, genau wie die Deportierung und Vernichtung von Menschen im Dritten Reich alltägliche Realität in den Gemeinden und Städten wurde. In Limbach-Oberfrohna wurden seit 2015 sieben solcher Steine vom Stadtrat problemlos beschlossen und verlegt. Nun standen weitere fünf Vorschläge auf der Tagesordnung. Für den Ersten, ein Mitglied der SPD, 1945 zum Tode verurteilt, gab es Zustimmung. Danach kam es über zwei andere Vorschläge im Stadtrat zu heftigen Diskussionen. Grund waren deren Zugehörigkeit zur KPD. „Die Ermordung der Personen ist tragisch, da gibt es keine Diskussion. Aber die Personen an sich waren der Demokratie nicht gut gesonnen“, stellte zunächst ein CDU-Stadtrat fest und begründete damit, warum seine Fraktion gegen die Verlegung votiere.

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

Es wären beide Partei-Funktionsträger gewesen. Der AfD-Fraktionschef schloss sich, sicherlich innerlich feixend, an: „Sie waren Mitglieder in der KPD und als solche Demokratiefeinde.“ Hier wurde in richtige und falsche Antifaschisten unterschieden. Eine Relativierung des Widerstands gegen die Nazis. Eine synonymhafte Entwicklung und ein Fingerzeig auf Zukünftiges.

Gute zehn Monate vor dem Sommerinterview von Merz zeigte sich schon, was ein pragmatischer Umgang mit den Rechtsradikalen in den kommunalen Kollegialorganen in der Praxis heißt: Wenn es der CDU nutzt, um ihren wahren politischen Gegner zu schaden, zeigt sich ihre rechtsoffene Auffassung. Unter diesem Pragmatismus erodieren unsere gesellschaftlichen Grundlagen. In Limbach-Oberfrohna werden keine Stolpersteine mehr verlegt.

Dieser Entwicklungsprozess wird nun durch Herrn Merz auf dem Rücken der Realpolitik legitimiert und Faschisten normalisiert. Für mich aber heißt es: Keine Zusammenarbeit. Keine Normalisierung. Egal welches Thema. Egal wie pragmatisch. Es geht um mehr. Es geht um unsere buchstäbliche Existenz.

Vom Kreisvorsitzenden

Ihr macht ja keine Sozialpolitik mehr und vergesst die „kleinen Leute“.

Das bekomme ich nicht nur im Erzgebirge ab und an zu hören. Auch in unserer eigenen Partei gibt es Genossinnen und Genossen, die immer mal wieder mit solchen Aussagen kommen. Warum ist das so, frage ich mich? Wahrscheinlich, weil wir uns zu sehr mit anderen Problemlagen beschäftigen und dann unsere Aufmerksamkeitskurve für andere Themen sinkt? Bei der Fülle an Informationen ist das eine Erklärung. Möglich ist auch, dass diejenigen, die für uns im Haupt- oder im Ehrenamt Politik machen, zu wenig über das reden, was sie für uns tun. Stimmt wahrscheinlich auch. Deswegen mal ein kurzer holzschnittartiger Blick in das, was wir als Landtagsfraktion im Sächsischen Landesparlament in den letzten Monaten auf die Tagesordnung der Plenarsitzungen gesetzt haben.

Dazu muss man wissen: Wir haben die Möglichkeit maximal eine Aktuelle Debatte zu beantragen und 2 (!!) Anträge auf die Tagesordnung der zwei Tage Parlamentssitzung im Monat zu setzen. Bei Gesetzentwürfen gibt es keine Begrenzungen, diese haben aber einen etwas langwierigeren Bearbeitungsprozess. Natürlich gibt es innerhalb der Fraktion immer auch einen fairen Wettbewerb unter den Abgeordneten, welches Thema wir denn nun für die Öffentlichkeit - also im Parlament - platzieren. Das ist für mich als Fraktionsvorsitzender nicht immer leicht, denn jede und jeder muss eine Chance bekommen, mit „seinen“ Themenschwerpunkten. Andererseits hat sich die Fraktion darauf verständigt, dass das Thema „soziale Gerechtigkeit“ unser Kommunikationsschwerpunkt als Linksfraktion sein soll. Bei dem, was soziale Gerechtigkeit ist oder ausmacht, kann und wird es auch immer mal wieder unterschiedliche Betrachtungen geben, das liegt natürlich auch immer an der eigenen Lebenswirklichkeit. So ist es für Menschen in Dresden und Leipzig schon ein Thema, dass es bezahlbaren Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen geben sollte. Im ländlichen Raum wünscht man sich nicht nur einfach „mehr“ öffentlichen Nahverkehr sondern, dass in manchen Gegenden außerhalb der Schulzeit überhaupt Busse fahren. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist ein Thema, welches insbesondere Frauen betrifft, wenn ich jetzt mal die Ost-West-Perspektive weglasse. Eine gute und ausreichende Versorgung im Bereich der Gesundheitsfürsorge - gerade auch bei stationärer Behandlung - ist wiederum ein Bereich, welcher jetzt schon bestimmte Gebiete im ländlichen Raum betrifft. Wenn sich der Gesundheitsminister in Berlin mit seiner „Krankenhausreform“ durchsetzt, werden wir auch im Landkreis eine erneute Debatte über Krankenhaustandorte bekommen. Dass es in der Pflege ganz viele Baustellen gibt, ganz gleich ob bei der häuslichen oder der stationären Pflege, wissen alle, die davon betroffene Angehörige haben und das betrifft nun wiederum die Großstädte und den ländlichen Raum.

Aber auch in der Geburtshilfe, konkret in der Hebammenausbildung, gab es in den letzten Jahren in Sachsen schwere Versäumnisse. So ist es in der Stadt Weißwasser für werdende Mütter kaum noch möglich, eine Hebamme zu finden. Die Energiekrise, insbesondere die damit verbundenen Energiepreise haben uns alle betroffen. All das waren Themen, die wir u.a. im Sächsischen Landtag auf die Tagesordnung der Plenarsitzungen gesetzt haben. Jetzt kann jede und jeder für sich entscheiden: Sind das nun alles Schwerpunktthemen mit dem Blick auf die „soziale Gerechtigkeit“? Meine Bitte an uns alle ist: Nur weil Einzelne behaupten, wir würden etwas nicht tun oder machen, muss es noch lange nicht stimmen. Als Fraktionsvorsitzender unserer Landtagsfraktion ist es immer in meiner Verantwortung gewesen - und wird es auch bis zum Ende der Legislaturperiode bleiben - unseren Fokus beharrlich auf die sozialen Fragen in unserem Land zu richten. Ja, die klassische Sozialpolitik wird im Bundestag entschieden und über Streiks - die ja auch immer einen sozialen Aspekt haben - kann ich im Landtag maximal so reden, wie wir es im März im Landtag unter dem Titel „Zusammen geht mehr. - Respekt, Anerkennung und Solidarität für die Beschäftigten - Hände weg vom Streikrecht!“ getan haben. Unsere Solidarität gilt den Beschäftigten, die für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen streiken. Aber auch hier gibt es Genossinnen und Genossen die behaupten, wir würden uns ja nicht mehr für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einsetzen.

Jedoch ist das dann schon wieder eine andere Geschichte... .

Rico Gebhardt

Kreisvorsitzender und Vorsitzender der Linksfraktion im Sächsischen Landtag

Aus dem Bundestag

Besuch im Bundestag

Vom neunten bis zum elften Juli besuchten wir auf Einladung unserer Abgeordneten Clara Bünger Berlin und den Bundestag.

Als erster Programmpunkt war eine Führung in der Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 in Potsdam angesetzt.

Die Nationalsozialisten nutzten dieses Gebäude zuerst, um Scheingerichte über Zwangssterilisationen zu halten. Später funktionierten sie es zu einem Untersuchungsgefängnis für Widerständler verschiedener Gruppen um. Während der Zeit der Sowjetischen Besatzungszone wurden Angehörige faschistischer Widerstandsgruppen inhaftiert. Dabei kam es auch zu Denunziationen, bei welchen eine große Zahl Unschuldiger verurteilt wurde. Im weiteren Verlauf der Besatzung kam es auch zur Inhaftierung und Verurteilung Oppositioneller ohne faschistischen Hintergrund. Die Strafen lagen dabei zwischen Zwangsarbeit im Gulag und der Verurteilung zum Tode.

Am Montag besuchten wir den Bundestag, in dem wir im Plenarsaal einen Vortrag über seine Arbeitsweise und die Geschichte des Reichstagsgebäudes bekamen. Danach gab es ein Gespräch mit Clara Bünger, in welchem sie uns von ihrer Arbeit als Abgeordnete berichtete und Fragen zur Lage der Partei und ihrer Wahlkreisarbeit beantwortete. Den Besuch im Bundestag beendeten wir mit einem Gruppenfoto in der Kuppel des Gebäudes. Zum Abschluss des Tages machten wir eine Standrundfahrt, die an politischen Gesichtspunkten orientiert war. Dabei sahen wir sowohl die klassischen Sehenswürdigkeiten Berlins als auch weniger bekannte.

Am Dienstag ging es in das Bundesinnenministerium, wo wir uns einen Vortrag über dessen Arbeit anhören durften. Nachfragen, z.B. zur Bewaffnung und Landnahme von Reichsbürgern bei uns im Erzgebirge und was das Ministerium gegen diese zu unternehmen gedenkt, konnten enttäuschenderweise nur schlecht oder gar nicht beantwortet werden. Der letzte Programmpunkt unserer Fahrt war ein Besuch beim Technischen Hilfswerk, bei dem wir über seine Arbeit im In- wie Ausland informiert wurden. Im Namen der Besuchergruppe möchte ich mich bei Clara Bünger für die Einladung und bei allen Beteiligten für die Ermöglichung der Besuchsfahrt bedanken.

Lucas Schmidt

Die nächste Fahrt findet vom 17.12. bis 19.12. statt. Anmeldung bei Uwe Schaarschmidt

Mobil: 0178 2310926

clara.buenger.ma06@bundestag.de



Angriffe auf individuelles Asylrecht sind ungeheurerlicher Tabubruch

„Die Genfer Flüchtlingskonvention ist eine direkte Folge aus dem Versagen der internationalen Staatengemeinschaft angesichts der Verbrechen im Nationalsozialismus und der Shoah - viele NS-Verfolgte wurden damals an den Grenzen abgewiesen und so ihren Folterern und Mördern ausgeliefert. Die GFK und das individuelle Recht auf Asyl stehen für den Willen, aus diesem Unrecht Konsequenzen zu ziehen. Sie waren die Antwort auf Nazideutschland. Dass der CDU-Politiker Thorsten Frei nun fordert, diese zivilisatorische Errungenschaft über Bord zu werfen, ist geschichtsvergessen und offenbart, wie weit seine Partei sich nach rechts bewegt hat“, erklärt die fluchtpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Clara Bünger, zu Forderungen des parlamentarischen Geschäftsführers der Unionsfraktion Thorsten Frei, das individuelle Recht auf Asyl in der EU abzuschaffen. Bünger weiter:

„Der Vorstoß zeigt zudem, dass Herr Frei von der Realität von Flucht keine Ahnung hat. Zu Recht beklagt er die eklatanten Menschenrechtsverletzungen an den europäischen Außengrenzen. Diese beendet man allerdings nicht, indem man Asylsuchenden die letzten Rechte nimmt, die sie noch haben. Wer wirklich etwas gegen das Leid an den Außengrenzen unternehmen will, muss das individuelle Recht auf Asyl entschieden verteidigen!

Seite 4/Ausgabe 185

Besucher*innengruppe der Bundestagsfahrt

Menschen fliehen nicht, weil sie sich in Europa besondere Rechte oder Sozialleistungen erhoffen, sondern weil sie aufgrund von Kriegen, repressiven Regimen, existenzbedrohender Not oder den Folgen des Klimawandels dazu gezwungen sind. Eine ernsthafte Fluchtpolitik muss diese Fakten anerkennen und Kapazitäten schaffen, um Geflüchtete menschenwürdig unterzubringen und zu versorgen. Dagegen werden alle Maßnahmen, die auf eine verstärkte Aufrüstung der Grenzen und einen weiteren Abbau der Rechte von Schutzsuchenden hinauslaufen, zu noch mehr Toten führen. Daran kann auch ein lächerliches Kontingent mit EU-weit einigen Hunderttausend Plätzen jährlich nichts ändern.“

Pressemitteilung von
Clara Bünger
Mitglied des Bundestags



Herausgeber: DIE LINKE Kreisverband Erzgebirge
V.i.S.d.P. Frank Dittrich

Spenden für DIE LINKE Erzgebirge oder für die Zeitung mit der Spendenempfehlung von 10 pro Jahr

Kontoinhaber: DIE LINKE Erzgebirge

IBAN: DE56 8705 4000 3329 0004 56

Sitz des Kreisvorstandes

Kirchstraße 5 08280 Aue- Bad Schlema

Internet: www.dielinke-erzgebirge.de

Beiträge und Meinungen an redaktion.erzgebirge@dielinke-sachsen.de

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung der Herausgebers übereinstimmen. Leser*innenbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht. Redaktionsschluss der kommenden Ausgabe ist: 31.08.2023

Erhöhung Elterngeldbeiträge

Liebe kommunale Mandatsträger*innen, uns erreichten erste Meldungen, dass in einzelnen Gemeinden über eine Erhöhung der Elternbeiträge diskutiert wird. In diesen Fällen war nicht klar oder wurde sogar vorenthalten, dass mit der Änderung des Sächsischen Kita-Gesetz in der letzten Sitzung des Sächsischen Landtags auch der Landeszuschuss erhöht wurde. Somit sind Elternbeitragserhöhung, die euch in den kommunalen Parlamenten evtl. vorgeschlagen wurden oder noch werden, im besten Fall nicht mehr nötig. Darüber, aber auch über einige weitere wesentlichen Änderungen in den Kitas wollen wir euch als Landtagsfraktion mit dieser Mail informieren. Mit der Gesetzesänderung wird der Landeszuschuss als Beitrag des Freistaats zur Kita-Finanzierung in zwei Stufen um insgesamt 418 Euro erhöht. Ein Teil der Erhöhung kommt ab 01. August und beträgt 218 Euro für zusätzliches Personal. Ein anderer Teil gilt bereits rückwirkend ab dem 01. Januar. Diese restlichen 200 Euro Erhöhung ab Jahresbeginn wurden mit den generellen Kostensteigerungen des Kita-Betriebs und dem Ziel auch die Eltern bzw. Kommunen nicht stärker zu belasten begründet. Das heißt diese Erhöhung sollte ein gutes Argument sein, um mögliche Bestrebungen seitens der exekutiven Ämter und Verwaltung eine Erhöhung der Elternbeiträge durchzusetzen, zu verhindern. Uns ist natürlich völlig klar, dass beide Erhöhungen bei weitem nicht reichen. Wir haben deswegen beantragt den Landeszuschuss dieses Jahr um 1300 Euro, nächstes Jahr um 1500 Euro zu erhöhen und ihn zusätzlich zu dynamisieren. Wir arbeiten also weiter daran, dass sich das Land nicht aus der Finanzierungsverantwortung für die frühkindliche Bildung zieht und diese Pflicht nicht auf Eltern oder Kommunen abwälzt. Nun noch zu einigen anderen relevanten Punkten: Wie gesagt wird ein Teil der erhöhten Landespauschale für zusätzliches Personal genutzt. Der Personalschlüssel wurde dementsprechend um 0,04 vollbeschäftigte pädagogische Fachkraft erhöht. Das reicht auch bei weitem nicht!

Unser Vorschlag war es den Personalschlüssel von 2025-2030 in Kinderkrippe und Kindergarten jährlich um 0,1 Fachkraft, im Hort um 0,05 Fachkraft zu erhöhen. Desweiteren haben wir uns im Gesetzgebungsprozess für mehr Inklusion in den Kitas stark gemacht, was teilweise von der Regierungskoalition übernommen wurde. Darüber hinaus ging es uns um mehr Mitbestimmung von Kindern und Eltern sowie deren weitere finanzielle Entlastung oder auch zusätzliche Bedarfe für die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund. Wenn ihr noch weitere Fragen habt, könnt ihr euch natürlich jederzeit gern an mich oder die Fraktion wenden.

Marika Taendler-Walenta

Mitglied des Sächsischen Landtag



Linksfraktion Sachsen beschließt Haltelinien für Sachsens Krankenhäuser

Die Pläne der Bundesregierung, die Krankenhausfinanzierung neu zu ordnen und Krankenhausleistungen zu zentralisieren, werden auch Sachsens Krankenhäuser betreffen. Für diese Debatten hat die Linksfraktion im Sächsischen Landtag in einem Positionspapier sechs Haltelinien formuliert.

1. Ob als Poliklinik oder als Krankenhaus: Alle jetzigen Krankenhaus-Standorte in Sachsen müssen erhalten werden, auch wenn sich das Leistungsangebot vor Ort ändert
2. Der Freistaat muss den Kommunen dabei helfen, Krankenhaus-Privatisierungen rückgängig zu machen.
3. Zurück in die Zukunft: Mehr moderne Polikliniken schaffen und funktionierende Notfall-Polikliniken einführen.
4. Staat vor Privat – Krankenhäuser sollen gut versorgen, nicht Profit abwerfen.
5. Genug medizinisches Personal gibt es nur mit guten Arbeitsbedingungen.
6. Gesundheit solidarisch finanzieren.

Das sind unsere „Haltelinie“ für die aktuelle Debatte im Zusammenhang mit der Debatte um die Krankenhausfinanzierung. Manche sind nicht neu. Über manches müssen auch wir als Linksfraktion neu nachdenken und Antworten für die Zukunft finden. Krankenhausstandorte haben nicht nur genug Betten vorzuhalten, sondern sie müssen auch verlässliche Anlaufstellen für den Rettungsdienst und die Notfallversorgung der Bevölkerung sein. Deswegen wollen wir das alle Standorte erhalten bleiben müssen, auch wenn sich das Leistungsangebot vor Ort ändern wird! Ja, es ist sinnvoll, dass Spezialbehandlungen konzentriert werden. Allerdings muss das dichtere Netz der Standorte für die ambulante sowie für die 24/7-Notfallversorgung mit stationären Betten erhalten bleiben. Da sind Polikliniken eine gute Möglichkeit: Sie verbinden ambulante mit stationären Angeboten, bündeln ärztliche Expertise und erleichtern die Diagnostik. Wir im Osten haben damit positive Erfahrungen. Allerdings sollten Polikliniken nicht nur tagsüber geöffnet sein:

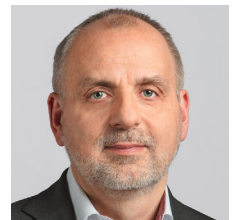
Es soll auch eine ausreichende Zahl an Polikliniken geben, die rund um die Uhr erreichbar sind. Dazu sind eine Notaufnahme samt Notfallambulanz mit Chirurgie und Innerer Medizin sowie bestenfalls weitere Fachbereiche mit ausreichender Bettenzahl vorzuhalten. Insbesondere dort wo derzeitig Klinken geschlossen werden bzw. das Angebot eingeschränkt wird.

Für uns LINKE sind Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft gut und richtig. Wo nötig, wollen wir Privatisierungen von Krankenhäusern rückgängig machen. Gewinnausschüttungen oder Eigenkapitalverzinsungen aus Krankenhäusern wollen wir verbieten. Ein Bundesfonds soll Länder und Kommunen dabei unterstützen, Krankenhäuser zu rekommunalisieren. Der Freistaat Sachsen muss ein Sondervermögen von mindestens 100 Millionen Euro zur Verfügung stellen und endlich seine Pflicht erfüllen, die Krankenhaus-Investitionen auskömmlich zu finanzieren. Dazu haben wir als Linksfraktion bereits einen Antrag in den parlamentarischen Geschäftsgang des Landtages eingebracht. (Drucksache 7/12635)

Es ist problematisch, dass nur tatsächlich erbrachte Gesundheitsleistungen bezahlt werden, wie das im System der Fallpauschalen der Fall ist. Deswegen fordern wir von der Staatsregierung das sie sich dafür einsetzt, dass grundsätzlich das Vorhalten von Behandlungen vergütet wird und die Fallpauschalen abgeschafft werden. Wir fordern krankenhausesindividuelle Budgets, die jährlich mit den Kostenträgern verhandelt werden. Im Mittelpunkt darf nur das Wohl der Patientinnen und Patienten stehen, nicht das finanzielle Wohl von Krankenhauskonzernen!

Rico Gebhardt

Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Sächsischen Landtag



Bericht aus der Kreistagsfraktion

Inzwischen gibt es bereits 15 Jahre den Landkreis Erzgebirgskreis. Mit mehreren Aktivitäten, wie z.B. am 05.08.23 mit dem Tag der Offenen Tür am Behördenstandort Annaberg-Buchholz, wurde das Jubiläum thematisiert.

Am 05.07.23 tagte der Kreistag zu seiner 15. Sitzung innerhalb seiner 3. Wahlperiode. Vorbereitend für die 2024 stattfindenden Kreistagswahlen wurden 14 Wahlkreise beschlossen; wichtig ist zu wissen, dass gegenüber der zweiten Wahlperiode keine Veränderungen hinsichtlich der Zuordnung der einzelnen Kommunen vorgenommen wurde, wenngleich die Einwohnerzahl je Wahlkreis recht unterschiedlich – aber eben im gesetzlichen Limit – ist. Zum Thema Krankenhaus wurde die Abwärtsverschmelzung der Krankenhaus-Gesundheitsholding gGmbH auf die Erzgebirgsklinikum gGmbH beschlossen. Mit diesem Beschluss wurde der Schlussstrich unter die Maßnahmen zur Zusammenführung der kommunalen Krankenhauseinrichtungen gezogen. Die Wettbewerbsfähigkeit der 4 Standorte wird aber maßgeblich in Berlin und Dresden bestimmt. Der Kreistag folgte in diesem Zusammenhang einem SPD-Antrag, welcher Landrat Anton beauftragt die Auslotung von Inhalt und Zeitpunkt zur Bildung einer gesetzlich möglichen Regionalkonferenz zur Unterstützung der Krankenhausplanung in Dresden vorzunehmen. Weiter investiert wird am Wintersportstandort Oberwiesenthal. Die Stromschiene für die Aufstiegshilfe an der Fichtelbergschanze K95 muss erneuert werden. Bei den gegenwärtigen Temperaturen eigentlich ein schwer vorstellbares Thema. Von einer Schanze springen kann man aber auch ohne Schnee.

Die Themen Sanierung Bergbaumuseum Oelsnitz/Erzgeb., 49 Euro Ticket sowie Erhöhung der Entgeltordnung für landkreiseigene Sportstätten folgen im nächsten Heft. Letztlich war es eine sehr lange Tagung, denn sowohl unter dem Tagesordnungspunkt Sonstiges als auch zur immer stattfindenden Bürgerfragestunde wurde die Möglichkeit Fragen zu stellen reichlich

Aber eben facettenreich immer nur zum gleichen Thema: Dem Erwerb einer geeigneten Immobilie in Grünhain, um damit eine weitere zentrale Asylbewerberunterkunft zu schaffen. Es war ein Dialog zwischen Landrat Rico Anton und den Fragesteller:innen, welcher insgesamt weit über 2 Stunden andauerte.

Dr. Barbara Drechsel

Kreisrätin

Landesinklusionsteam sucht dringend Unterstützung durch Mitglieder Kreisverbände

Bei der Umsetzung seiner zahlreichen und diversen Aufgaben sucht das Landesinklusionsteam dringend Unterstützung durch die Mitglieder des Landesverbandes, der Stadt/ Kreis/ Ortsverbände sowie Mitglieder der LAGen um das Thema Inklusion in den Strukturen unserer Partei fester zu verankern. Nicht nur, aber auch hinsichtlich der Inklusionskampagne, die vom Parteivorstand der Bundespartei gestartet wurde bzw. wird. Wir freuen uns über jede/n GenossIn, der/die/divers uns unterstützen und helfen will. Schreibt einfach eine Mail an inklusionsbeauftragte@dielinke-sachsen.de und vor allem leitet diese Nachricht an Interessierte weiter. Sofern genügend Leute zusammen sind, werden wir zeitnah sicher eine online Video Konferenz einberufen, um das weitere Vorgehen zu beraten. Im Auftrag des Landesinklusionsteams

Birger Höhn

Landesinklusionsbeauftragter
DIE LINKE Sachsen



Ein Kämpferherz hat aufgehört zu schlagen

Die Krankheit war wohl stärker. Es ist immer traurig, sich von geliebten Menschen zu verabschieden, vor allem für die Angehörigen, die Familie.

Das Lebensende von Ditti - Wolfram Dittmann - ist auch für DIE LINKE im Erzgebirge ein schwerer Verlust. Viele Jahre lang hatten wir es Ditti zu verdanken, dass unsere Kreiszeitung regelmäßig erscheinen konnte. Dafür hat er sich engagiert. Er war auch bekannt in Schwarzenberg als Stadtrat und als jemand, der vor allem zur Weihnachtszeit Kindern eine Freude machen konnte. Viele von uns können Geschichten mit und über Ditti erzählen. So soll es sein. Wir werden ihn in guter Erinnerung behalten, als einer der für eine gerechtere, eine andere, eine besserer Welt gekämpft hat. (Mehr in unserer nächsten Ausgabe.)

Rico Gebhardt
Kreisvorsitzender

